

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

247 (23.10.1922)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 165 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 165 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Kreisverteilern Abgaben abgeholt 150 M monatlich. Einzelnummern 7 M.

Ausgabe: Verlags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einseitige Kolonialsache 15.-M, auswärts 18.-M. Die Restamezelle 60.-M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Katastrophe der Mark

Die Sozialdemokratie macht so nicht mehr mit — Biegen oder Brechen

Der Dollar ist am Samstag auf 4400 gefallen, d. h. auf etwa das Tausendfache der Vorkriegszeit. Wir stehen mitten im Währungszusammenbruch. Ungeheure Gefahren drohen unsere Wirtschaft und Millionen, die unlosbar mit dem Schicksal der Mark verbunden sind. Angesichts dieses Zustandes müßte eigentlich jedem verantwortungsvollen Politiker nur die eine Sorge beherrschen, wie ein Ausweg aus dieser Lage zu finden ist und jeder Verschärfung der ungeheuren politischen und ökonomischen Spannung entgegenzuwirken werden kann.

Von solchem Verantwortungsgefühl für die Allgemeinheit scheinen die bürgerlichen Parteien völlig frei zu sein. Genau wie bei allen vorhergehenden Wirtschaftskrisen beherrschten auch diesmal bei den Erörterungen über die Geldmarktlage im Reichstag die Interessen des Geldes. Sie fragten über die schlechte Ernte, jammerten über die unerfüllbarkeit der Umlage, die die Landwirtschaft ruiniere. Kein Wort davon, daß es großen Teilen der Landwirtschaft glänzend geht. Sie verdanken ihr Wohlgehen jenen Venturiers und Spekulanten, die ihnen die Spekulation in Goldmark geliehen haben. Papiermark zahlte man ihnen zurück, entlegnete sie also und läßt sie jetzt durch Wucherpreise ins Geld.

Bei dieser Stimmung der bürgerlichen Parteien war es ein vorgebildetes Begonnen, sie zu ihrer Pflicht gegenüber den allgemeinen Interessen anzuhalten. Zwar vermochte die so genannte Erklärung der sozialdemokratischen Mitglieder, daß die Bemessung der Umlagepreise nach den freien Marktpreisen als Kampfanlage des Bürgerblocks gegen die Arbeiterklasse angesehen werden müßte, wenigstens das Zentrum zum Rückzug zu bewegen. Alle bürgerlichen Parteien aber beschloßen dann die Verwirklichung der Umlagepreise statt der von der Regierung beantragten Ersetzung um das Dreifache. Die Mehrbelastung hieraus beträgt rund 17 Milliarden, statt 11,3 Milliarden nach der Regierungsvorlage.

Angesichts der fürchterlichen Geldentwertung läßt die materielle Seite der Sache an Bedeutung ein. Dafür taucht aber jetzt eine andere Frage auf: Die Abwertung an Getreide im Innern wird, auch höhere Preise werden sie nicht wesentlich steigern. Das wird besonders dann der Fall sein, wenn die An-

gaben der Landwirte über den schlechten Ernteausfall richtig sind. Bei einem Dollarkurs von 5000—6000 und darüber wird die Einflüsse von ausländischem Getreide nahezu unmöglich. Deshalb scheint uns jetzt der einzige Ausweg, der allein unser Volk in den nächsten Monaten vor dem Verhungern schützen kann, die restlose Erfassung aller inländischen Lebensmittel zu sein. Der anarchoistische Zustand, daß wir das Korn, aus dem Brot hergestellt werden soll, und die Kartoffeln in den Monaten des Danks wandern lassen, oder zu Schnaps verbrennen schon ist ein fast unerträglich. Als 1917 der Krieg ausbrach, waren wir in viel besserer Lage als heute und taten alles, um zuerst für die Ernährung der Menschen zu sorgen. Das muß auch heute geschehen.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags tritt heute Montag vor Beginn der Plenarsitzung des Reichstags zwecks Stellungnahme zu diesen Fragen zusammen. Wir sind sicher, daß sie keinen Zweifel daran lassen wird, daß das gewisshafte Teilen der Vorkriegslohn, sowie der Markkurs 1: ein willkommener Anlaß zu Preissteigerungen ist, die entsetzliche Abwechslung und daß auf die Dauer ein Zusammenarbeiten mit bürgerlichen Parteien, die sich willkürlich zu Schreybräuern einer solchen Politik machen lassen, nicht möglich ist. Nach der Plenarsitzung des Reichstags wird die Fraktion sich mit den währungsrechtlichen Maßnahmen befassen, die zur Stützung der Mark erforderlich erscheinen.

Veratungen der Parteien mit dem Reichskanzler

Nach einer Mitteilung der „Montagspost“ hat der Reichskanzler für heute nachmittags die Führer der Parteien zu sich geladen, um mit ihnen über den Zusammenbruch der deutschen Währung und die damit zusammenhängende ungeheure Teuerung zu beraten. Die Fraktionen werden vorher im Reichstag Besprechungen abhalten. Den Vätern zufolge plant die Regierung eine Erweiterung und Verschärfung der Devisenverordnung. Die „Welt am Montag“ berichtet sogar von einer grundsätzlichen Neuordnung des Devisenverkehrs. Wolltenfalls soll, wie das Blatt schreibt, zur Erfassung und Beschlagnahme der Devisen geschritten werden.

Was bleibt die Tat?

Der Sturz der Mark nimmt ungehindert seinen Fortgang. Die von Frankreich jetzt wieder geforderte Finanzkontrolle und die sonstigen französischen Wünsche an die Reparationskommission haben am Samstag dazu beigetragen, daß der Wert unseres deutschen Zahlungsmittels auf weniger als ein Tausendstel des Friedenswertes herabgesunken ist. Die Folge muß sein: Zunahme der Kreditnot und unvermeidliche weitere Betriebsbeschränkungen, damit Verschärfung der Lage für die Arbeiterschaft, insbesondere infolge der zu erwartenden Arbeitslosigkeit. Leider stand unsere Regierung dieser vorauszuweisenden Entwicklung bisher fast tatlos gegenüber. Wir sind uns bewußt, daß Wünsche leichter zum Ausdruck gebracht werden können, als sie zu verwirklichen sind, und wir haben letzten Endes Verständnis dafür, wenn die Regierung nicht Hals über Kopf alle diejenigen Pläne bekräftigt, viel weniger durchführt, die zur Stabilisierung unserer Mark, zur Verhinderung einer noch größeren Katastrophe bereits aufgetaucht sind. Aber trotzdem müssen wir ganz offen sagen, das Volk hat mehr erwartet als bisher geschehen ist, und es hätte zweifellos mehr geschehen können, wenn das Reichsministerium allseitig von dem Willen zur Tat befeuert wäre.

Schon seit Monaten ist sich die Regierung klar darüber, daß zu der uns zuteil gewordenen „äußeren“ Atempause eine innere Sanierung treten muß. In diesem Sinne sind vom Reichswirtschaftsministerium auch Pläne ausgearbeitet worden, in deren Rahmen die Devisenordnung fällt. Aber statt die gefundenen Vorschläge in ihrer Gesamtheit durchzuführen, hat man am Schwanz begonnen und damit jenen lächelnden Triumph der Industrie erzielt, der heute über das Verlangen der Devisenverordnung überall herbeigeführt wird. Eine Herausgabe der Devisen von Seiten der jetzigen Besitzer hat die Verordnung nicht im geringsten veranlaßt, und auch wir müssen deshalb zugestehen, daß ihr Zweck verfehlt worden ist. Man sollte deshalb annehmen, daß die Regierung mindestens jetzt bestrbt ist, ganze Arbeit zu machen und beabsichtigt, während der äußeren Atempause den inneren Markt von seinen Verfallserscheinungen zu befreien. Gewiß, man hat die Herausgabe von Goldschuldscheinungen angekündigt, die aber infolge der Passivität des Finanzministeriums augenblicklich wieder gefährdet scheint, und hat andere Schritte in Aussicht gestellt. Das ist alles schön und gut, wenn sich unsere Minister klar darüber sind, daß die angeregten Pläne ebenfalls eine kurzfristige Wirkung der Mark nicht veranlassen werden, solange diesen negativen Schritten keine positiven Maßnahmen folgen.

Ohne positive Wege wird das Stabilisierungswerk nie ausföhrlich werden. Es muß endlich der Versuch gemacht werden, ein Stützkonjunktum inländisch-ausländischer Banken zu gründen, in welchem das tote Gold der Reichsbank in den Mittelpunkt tritt. Ferner müssen wir versuchen, zur Einschränkung des Devisenbedarfs eine äußere Goldanleihe aufzunehmen, die gleichzeitig zur Regulierung unserer Clearingschuld dienen soll. Und wir müssen schließlich zu der längst geforderten Hebung unserer Handelsbilanz kommen, die Einfuhr unnötiger Waren trotz des Protestes der Interessententeile verbietet. Solange hierzu jedoch die notwendigen Vorbereitungen nicht getroffen sind, muß mit dem Kredit der Reichsbank endlich eine Stützung der Mark beginnen. Gewiß sind auch die Urteile zu schäßen, die diesen Plänen mißtraulich gegenüberstehen, aber solange die Kritiker einer derartigen Stützaktion keine positiven Vorschläge machen können, noch nicht einmal eine Basis zu zeigen vermögen, wo der Hebel angelegt werden muß, solange müssen wir zum mindesten mit dem vorlieb nehmen, was Aussicht gibt, wenigstens größere Not einzudämmen. Man soll doch nicht vergessen, daß wir durch unsere Latenlosigkeit scharfe diktatorische Maßnahmen der Entente geradezu herausfordern und daß wir nur durch eigene energische Schritte die Wege, die der Reparationskommission jetzt von französischer Seite zur Lösung des Reparationsproblems gezeigt werden, als überflüssig erscheinen lassen können.

Die Not des Volkes wächst von Tag zu Tag, wogegen sich auf der anderen Seite ein erbärmliches Schieber- und Braßertum breit macht. Die Sozialdemokratie kann die Steigerung sichtbaren Elends nicht länger betrachten, ohne sich ihrer Verantwortung für die Zukunft klar zu sein. Es darf jetzt und kann jetzt gewissermaßen für uns nur noch zweierlei geben: entweder greift man zu entschiedenen Maßnahmen, entweder führt man das von uns oben in knappen Zügen umrissene Programm durch, das ohne Gegenvorschlag zur positiven Abwehr bisher angeregt wurde und zeigt gegenüber dem Ausland, vor allem aber gegenüber unserem bedrückten Volks den ersten Willen zur Stabilisierung der Mark. Oder aber wir lehnen in Zukunft die Verantwortung für die Sozialdemokratie hat gemollt, daß das fortschreitende Elend endlich eingebremst wird. Man sage die dann für all das Elend der Zukunft die Verantwortung die sich träuben und wehrten, dem

Die Unterjuchung in der Attentatsaffäre gegen den Reichskanzler

Laut „Berliner Lokalanzeiger“ hat Oberreichsanwalt Ebermayer, der von Samstag mittags bis Sonntag vormittags in Berlin weilte, die in der Angelegenheit der Attentatspläne gegen den Reichskanzler verhafteten Personen vernommen, ebenso eine Anzahl von Zeugen. Das Blatt will erfahren haben, daß als Ergebnis der bisherigen Ermittlungen die Verhaftung einer Reihe von kompromittierter Personen vorgenommen werden soll.

Die Lage in England

WTB. London, 22. Okt. Die Gemelbet wird, wenn man sich mit dem jenseitigen Sicherheit erwartet werden. Die internationalen Angelegenheiten machen es unbedingt notwendig, daß die Regierung die unangewiesene Autorität der Währungsbehörde hat, die nur gestiftet werden kann durch die Einberufung des Parlament. Man erwartet, daß das jenseitige Parlament aufgelöst wird, nachdem Bonor Law in der nächsten Woche sein Kabinett gebildet hat. Die Wahlen werden möglichst bald am 10. November stattfinden.

Lloyd George in Leeds

WTB. London, 22. Okt. Lloyd George erklärte in seiner gestrigen Rede vor den Koalitionsliberalen in Leeds, in der er die Politik seiner Regierung rechtfertigte und das Land vor den Gefahren einer extremen konservativen Regierung warnte. Die Kombination, die im Krieg zum Siege verholfen und die aus den Schwierigkeiten hinaus allmählich aber sicher zum Frieden führte, sei beendet worden, weil eine Partei dabei nicht mehr herauszuholen konnte. Das englische Volk würde entscheiden, ob die Partei oder die Nation an erster Stelle komme. Der Beitrag von Versailles sei heute die Freiheitsurkunde geworden für Millionen von Menschen. Die ersten Bestimmungen des Versailleser Vertrages hätten den Völkern erzieht, die Weltfriedenspflicht in Mitteleuropa bestünde nicht mehr, das Völkervolk, wohl das größte der Welt, welches den Vorzogen wie eine Gewitterwolke verdunkelte, sei verschwunden, die Demokratien aller Länder würden nicht fortfahren, die Welten großer Klüftung zu tragen, wie sie Mitteleuropa von diesem großen Druck befreit seien. Wenn der Beitrag von Versailles auch Unvollkommenheiten und Kompromisse enthalte, die unvermeidlich seien, weil man so viele Rassen und Nationen berücksichtigen mußte, so sei er doch ein großes menschliches Dokument, das großen Gewinn bringen werde, nicht nur für Europa, sondern auch für die menschliche Rasse in der ganzen Welt.

WTB. London, 22. Okt. Die Reise Lloyd Georges nach Leeds glich einem Triumphzug: Überall, wo der Zug anhielt, wurde Lloyd George von Menschenmengen umringt, die den früheren Premierminister begrüßten. Auf dem Bahnhof von Leeds erklärte Lloyd George in einer Ansprache, die Signale der Konservativen hätten ihm den Fehdehandschuh hingeworfen. Er beabsichtige, den Kampf zu führen für die Interessen des Landes, im Gegensatz zu den Interessen der politischen Parteien. Lloyd George forderte die Wähler auf, ihn dabei zu unterstützen.

Die Franzosen in Mainz

Ein Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian“ teilt seinen Lesern seine Beobachtungen über die gegenwärtige Lage in Mainz mit.

Alle Unannehmlichkeiten einer fremden Besetzung, so schreibt er, sind in dieser kleinen Stadt von 110 000 Einwohnern gefühlt. 1913 war hier die deutsche Garnison 8000 Mann stark. Die jetzige französische Garnison hat eine zahlenmäßige Stärke von 15 000. Die Familien der französischen Truppen sind auch hier einquartiert. Das Wort „Familie“ umfaßt nicht nur Frau und Kinder, sondern auch Eltern, Schwiegereltern, Tanten, Onkel und Vetter. 9000 deutsche Familien sind ohne eigene Wohnung. Die Franzosen haben 355 ganze Wohnhäuser und 1944 Räume requiriert. Franzosen mit und ohne Familie sind in 1184 deutschen Haushaltungen einquartiert. In die 460 Einquartierungen sind in Häufchen und Verwaltungsgebäude gelegt. Drei Schulen wurden für die französischen Soldatenkinder requiriert. 30 deutsche Klassen haben überhaupt keine Schulräume. Die Kinder müssen abwechselnd unterrichtet werden, und viele Klassen sind zusammengelagert. Diese Anordnung von Kindern in unzulänglichen Räumen ist eine der schwersten Gesundheitsgefahren, die durch die Besetzung von Mainz hervorgerufen ist.

Nähezu die Hälfte, 42 Prozent, aller Hotelbetten, sind von den Franzosen beschlagnahmt. Der Mathausplatz ist in eine Art Kasino und Varietees für die Garnison verandelt. Die Theater müssen auf Verlangen in kürzester Zeit für französische Gesellschaften zur Verfügung gestellt werden. Die Kosten für alle Vergnügungen, so auch für die zahlreichen Kinos, werden von der deutschen Regierung getragen. Ein ganz neues Viertel ist auf den Höhen erbaut, die die Stadt überräumen. Für die französischen Offiziere und Unteroffiziere wurden 27 Villen errichtet, und 180 weitere sind noch im Bau. Die Einrichtung, die von Deutschland gestellt werden muß, umfaßt alle nur erdenklichen Stühle von Weiten und Breite bis zu Reflex, Gabel und Salzglasern.

Die Herzerplätze, die um die Stadt liegen, sind mit französischen Truppen gefüllt. Alle Fahrzeuge, Kraftwagen und Pferde, die deutschen Bürgern gehören, sind „gemustert“, das heißt, sie können von den Franzosen sofort beschlagnahmt werden, wie dies beim Vormarsch gegen Frankfurt ebenso wie bei dem auf Duisburg und Düsseldorf geschah. Der Rhein ist die Militärgrenze Frankreichs geworden. Das von den französischen Truppen besetzte Gebiet wird als Übungsplatz für Rekruten benutzt. Ganze Truppenenteile kommen und gehen. So wächst die Stärke der französischen Besatzungsmarine beständig. Die Schiffe sind zwischen 100 und 250 000; wahrscheinlich sind es weniger als 150 000. Die deutschen Truppen auf dem linken Ufer des Rheins besetzen sich vor dem Krieg auf 70 bis 80 000 Mann. Neue Baracken, Erzezierplätze und Flugplätze während der Besetzung gekauft worden, wie wenn diese dauernd wäre, obwohl sie nach Artikel 428 des Friedensvertrags nur 15 Jahre währen darf.

Nachwehen zur Mathenau-Demonstration in Bruchsal

Eine mißlungene Aktion der badischen Justiz

Die Aufmachung, Szenenerie und Stafflerie, die gleiche wie am Donnerstag! Auf der Anklagebank saßen 7 Angeklagte, nicht so jung wie die „Verbrecher“ von Durlach, aber der größte Teil doch erst Anfangs der zwanziger Jahre. Das Verbrechen, dessen sie angeklagt waren, daselbe wie am Donnerstag: Landfriedensbruch, scharfer Hausfriedensbruch! Nach der glänzend verlaufenen Demonstration in Bruchsal am 4. Juli, an der mehrere Tausend Menschen teilnahmen, zog eine Menge von etwa 800 bis 900 Personen zum Schloß, in dessen einem Nachgebäude die Pfadfinder ihre Geschäftsräume haben. Man hielt die Pfadfinder für verdächtig, auch zu den deutschnationalen Verbänden, Organisationen zu gehören, die Abhaltung von Exercier- und Schießübungen hatten den Stoff zu diesem Verbrechen geliefert und man wollte einmal in dem Büro der jungen Persönlichkeiten nachsehen, mit wem man es zu tun hat. Das Nachsehen geschah etwas zu gründlich, die Räume der Pfadfinder wurden vollständig zerlegt, die Bibliothek und die sonstigen Druckfaden verbrannt. Die Tat ist unbedingt zu verurteilen, das Vergehen der Demonstration war ein großer Unfug, eine Verächtlichkeit. Gerichtlich wäre ein Vergehen wegen großen Unfugs oder Sachbeschädigung zu verurteilen gewesen. Aber die Staatsanwaltschaft machte sich hier wie in Durlach aus der Sache eine große Affäre. Mit Mühe und Not gelang es ihr, sieben „Schwerverbrecher“ aus der 800-900köpfigen Menge herauszuholen, nach mühseliger Voruntersuchung endlich die Anklage auf Landfriedensbruch und scharfen Hausfriedensbruch zusammenzufassen und die jungen Arbeiter dann auf die Anklagebank vor das Strafgericht zu bringen. Aber sie hatte schweres Pech, die hohe Anklagebehörde! Brauch schon während der Verhandlung Stück um Stück des Anklagebündels zusammen, mußte selbst der Staatsanwalt in seiner Anklagebeilage keine Anklage in verschiedenen Punkten fallen lassen, so gab dann die Geschworenen in ihrem Urteil dem moralischen Gebäude den letzten Stoß, so daß es jämmerlich zusammenfiel. 5 Angeklagte wurden freigesprochen, zwei erlitten je 2 Monate Gefängnis. Auch diese zweite Mißrate endete mit einer schweren Niederlage der Anklagebehörde.

Wir können nicht sagen, daß die badische Justiz in diesen beiden Prozessen irgendwie an Ansehen gewonnen hat. Man denke: drei der Angeklagten am Samstag wollen im Büro der Pfadfinder nachsehen, ob dort Waffen verborgen sind. Sie tun das nicht etwa, indem sie die Türe gewaltsam aufbrechen, Fenster einschlagen, die Räume von unten nach oben kehren, nein, sie gehen zuerst zum Hausverwalter des Schlosses, dann zu einem weiteren Beamten, um die Schlüssel zu holen, um dann ordnungsgemäß in die Räume gelangen zu können. Sie lauten trotz der Erregung des Tages von Pontius zu Pilatus, um die Schlüssel zu erhalten. Als sie zurückkamen, waren die Räume bereits von anderen aufgeschloßen, sie gingen in den leeren Keller, um nach Waffen zu suchen. Und deshalb werden sie wegen Landfriedensbruch angeklagt! Ein anderer warf eine Kaiserbüchse zum Fenster raus, ein Dritter zerbrach eine Hundenbuckelbüchse, ein vierter ließ mit dem Fäße einige Papierfetzen in das Feuer: das alles ist Landfriedensbruch!

Aber die Pfadfinder sind harmlose Leute; kämpfhaft bemäßen sich Staatsanwalt und Gerichtsverwalter, dies nachzusuchen. Was sollen die jungen Leute von 16-20 Jahren für schlimme Absichten haben? so rief der Staatsanwalt pathetisch aus! Bieleicht hat er jetzt Zeit, nachdem diese schweren Prozesse erledigt sind, den Leipziger Mordprozeß gegen die Mathenauer Mörder nachzulesen, er wird da auch etwas von einem Gummistiefel Straßentanz lesen, von einem Studententatlich, von einem Nestabend deutschnationaler Jugendbänder — 16-20jährige junge Leute, die auch abstrakt keine schlimmen Absichten hatten; sie freuten sich nur ein bißchen über den Tod von Mathenau! — Die Gesellschaft in Bruchsal, die in ihren Geschäftsräumen eine Kaiser- und Hundenbuckelbüchse aufgestellt hat, deren Verstoß Kompaniebücher sind, deren Mitglieder auf dem deutsch-nationalen Massenfestpunkt stehen, die mit Napoleon deen besessen sind, deren Bekümmerte Pfadfindern die Schmach und Schande der Republik! und ähnliches ist, diese Herren scheinen wirklich ein ganz harmloses Kaffeekränzchen zu sein! Es gibt doch noch beneidenswerte naive Leute im lieben Vaterlande!

Doch sei dem, wie ihm wolle. Wenn der Eindruck der Tausenden glänzend und mächtig verlaufenen Demonstrationen in ganz Deutschland auch ein wenig getrübt worden sein mag durch Vorkommnisse, wie sie leider in Durlach und Bruchsal zu verzeichnen waren, so ist die Wirkung dieser Aushebungen zum Schutze der Republik doch weit mehr gefördert, wenn die über-eifrige Justiz auf das Geschrei und Loben der Reaktion hin aus diesen bedauerlichen Vorkommnissen Staatsaktionen macht, wie wir sie nun die letzte Woche erlebt haben. Möge der „Erfolg“ dieser Aktionen für die Anklagebehörde eine Lehre sein. Es ist wirklich so, daß die badische Justiz auch in Arbeiterkreisen einiges Vertrauen genießt und wir wissen, daß unsere Justiz sich auch etwas zugute hält auf dieses Vertrauen. Wenn aber so weiter angeklagt wird, wie letzten Donnerstag und Samstag, dann wird es bald aus sein mit dem Vertrauen. Ob die Justiz davon dann einen Gewinn haben wird, mögen die Justizmänner selber entscheiden.

Ein zweiter Landfriedensbruch-Prozess

Karlruhe, 21. Okt. Unter der Anklage des Landfriedensbruchs standen heute erneut sieben junge Leute vor den Geschworenen, und zwar: 1. August Rindvogel, Pader, aus Müllingheim, 21 Jahre alt, verheiratet; 2. Adolf Fied, aus Müllingheim, 22 Jahre alt; 3. Arthur Wagner, aus Müllingheim, 22 Jahre alt; 4. Josef Schumacher, Geiger, aus Bruchsal, 19 Jahre alt, verheiratet; 5. Hugo Holland, Arbeiter, aus Reutal, a. O., verheiratet; 6. Josef Hebele, Eisenbrecher, aus Bruchsal, 19 Jahre alt; 7. Otto Becke, Säger, aus Bruchsal, 21 Jahre alt. Vorherrschender des Gerichts ist wiederum Landgerichtsdirektor Wolf. Als Beisitzer fungieren Landgerichtsrat Dr. Hermann und Amtsgerichtsrat G. H. Die Anklage vertritt Oberstaatsanwalt Dr. Rudmann. Für Wehrerle hat Dr. G. S. S. für die übrigen Angeklagten H. Leop. Wehrerle aus Müllingheim a. N. die Verteidigung übernommen. Nach dem Verlesungsbefehl sind die genannten Angeklagten einzeln verurteilt, im Anschluß an die Mathenau-Demonstration am 4. Juli zu Bruchsal in die Geschäftsräume des Pfadfinderverbundes eingebrungen zu sein und diesem gewisse Sachen

gestohlen zu haben. Erhöhten sind 11 Zeugen und ein Sachverständiger.

Der Angeklagte Rindvogel sagt, er habe mit anderen im Schloßkeller nach Waffen gesucht. Im Schloßkeller seien noch im Winter 1919/20 22 Maschinengewehre untergebracht gewesen. Am Ausräumen im Torwächtergebäude, in dem sich die Geschäftsräume der Pfadfinder befanden, habe er sich nicht beteiligt. Als Rindvogel nach oben kam, hätten die aus der Bibliothek des Pfadfinderverbundes gehaltenen Zeitungen, Zeitschriften und Bücher schon gebrannt. Man habe Flugblätter zerhackt und zerstückelt mit dem Titel: „Schmach und Schande der Republik!“ und Schäften mit deutschnationaler Tendenz. An der Demonstration vor dem Rathaus haben mehrere tausend Personen teilgenommen; die Redner trafen vom Balkon, ohne dabei zu Gemätschigkeiten aufzufordern. Beim Abzug der Menge wurden Rufe laut wie „Auf nach dem Schloß, zu den Salentruppen!“ „Auf nach dem Wälder!“ Dem Gendarmen habe ich nicht zugeteilt, weder vom Herauswerfen noch vom Verbrennen etwas gesagt. Bei dem Botgang mögen gegen 800 Personen anwesend gewesen sein. Auf weiteres Befragen erklärt der Angeklagte: Ich gelangte in den Keller durch offene Türen; die Sachen waren bereits aus dem 2. Stock geworfen. Im Keller sahen wir nur die fahlen Wände. Wer den Zug nach dem Schloß veranlaßte, weiß ich nicht. Ich bin mit dem großen Haufen gegangen, wollte aber nicht, daß etwas gestohlen wird. Der Vorzeigende stellt fest, daß der Ausbreitung in den Zeitungen gewarnt worden war. — Angeklagter Fied: Auch ich bin lediglich ins Gebäude gegangen, um etwa bestohene Waffen aufzufinden zu machen. Als wir von Durlach Hemberger zurückkamen, der uns wegen der Schlüssel an Kammerer brennen hatte, brannten die Sachen bereits. Der Mobilien, Ausbreitungsgelände und Dafen zerstört hat, weiß ich nicht. Gemätschigkeiten lagen mit fern. Auch in der Wohnung des Rechtsanwalts Fiedler wurde nach Waffen gesucht. — Angeklagter Wagner gibt an, eine Wirtin habe seinen Namen zum Fenster hinausgeschrien zu haben. Im Räume selbst lag schon alles durcheinander. Er bestritt aber, als einer der ersten durch einen unterirdischen Gang in den Keller eingebrungen zu sein, wie ihm die Anklage vorwirft. Er bestritt weiter, selbst Sachen verbrennt zu haben. Wohl aber hätte er andere am Verbrennungswerk gesehen. Auf die Frage, in welcher Absicht man nach dem Schloß gezogen sei, verweist Wagner auf die allgemeine Erregung der Masse. Der äußere Eindruck des Angeklagten gibt dem Verteidiger Weill Anlaß, nach der Schulzeit zu fragen. Wagner sagt, er sei einer der schlechtesten Schüler der Volksschule gewesen. — Angeklagter Schumacher war gleichfalls bei Durlach Hemberger. Von dort zurückgekehrt sei die Vernehmung bereits abgelehrt gewesen. Er habe die brennenden Gegenstände weggeschoben, damit das Feuer nicht auf die Bücherei übergehe. Im übrigen hätte er sein Augenmerk darauf gerichtet, die Schulheute vor der Menge zu schützen.

Die Vernehmung der Angeklagten wird unterbrochen und der inwärtigen im Auto herbeigeführt (an den Beinen gefesselt) Conrad genommen, der beim ersten Verhör des Rindvogel durch den Gendarmen Spriegel erlitten war. Am 20. Oktober habe seines Mißens dem Gendarmen erklärt, daß er ihm keine Angaben mache. Spriegel erwidert: Rindvogel hat mir im Portierhäuschen der Hofhandels-Gesellschaft Kromer erklärt: „Sie können hinführen, was Sie wollen. Sie können schreiben, ich war am Hinauswerfen und Verbrennen beteiligt, weitere Angaben verweigere ich.“ — Der Verteidiger legt Wert auf die Wendung: „Sie können hinführen, was Sie wollen!“ — Angeklagter Fied: Als ich an Stelle kam, war schon alles geschrien. Um das Feuer sind viele Leute gestanden. Ich habe nur Papierfetzen mit dem Fuß zusammengepackt, da die Schulheute sagten, man solle den Platz sauber machen. Im Gebäude selbst bin ich nicht gewesen. Holland gibt auf Befragen an, daß er an der Hofapotheke das Wort „Hof“ mit gelber Farbe überstrichen habe. In der südöstlichen Wohnung sei alles ruhig verlaufen. — Angeklagter Hebele bestritt ebenfalls jede Schuld. Er habe lediglich einige Bücher und Schriften mit dem Fuß zusammengehoben. Der Einblick ins Torwächtergebäude zeige ein großes Durcheinander. Daß es der Menge sei, daß die Sachen der Pfadfinder zerhackt werden, habe ich dem Untersuchungsrichter nicht gesagt. Ich bin dumm in die Sache hineingeraten. Die Stühle habe ich ins Feuer geworfen, weil ich sie für wertlos hielt. — Der Oberstaatsanwalt beantragt Vernehmung des Untersuchungsrichters Landgerichtsrats Wagner über die früheren Angaben der Wagner und Wehrerle. — Angeklagter Fied beklagt, daß ein Schumann gesagt habe, man solle die Papierfetzen zusammenfassen. — Angeklagter Hebele ist durchs Fenster ins Torwächtergebäude eingestiegen, um nach Waffen und Pistolenbildern zu suchen. Es waren dort andere Leute im Schloß, die durch den unterirdischen Gang gekommen schienen. Ich nahm eine Hundenbuckelbüchse aus Ton und zertrümmerte sie am Boden. Die Wehrerle hat sich über angebliche nächtliche Uebungen der Pfadfinder erregt gesehen. Damit ist die Vernehmung der Angeklagten beendet; es beginnt die Beugenehrvernahme.

Durlach G. Hemberger sagt aus, daß drei junge Leute zu ihm gekommen seien, die den Schlüssel zu dem Torwächtergebäude verlangt hätten. Er hätte aber den Schlüssel nicht beiseite. Später habe er dann das Verbrennungswerk beaufsichtigt. Fische und Stühle waren kurz und klein geschlagen. Petroleumlampen und Dafen zerstört gewesen, die Türe mit aller Gewalt ruiniert. Es war ein wenig erhebender Anblick, die Demolierungen zu sehen. Auf die Frage des Oberstaatsanwalts äußert sich der Zeuge über die Ziele der Pfadfinder dahin, daß sie die übertriebene Ehrlichkeit pflegten. Unter- und Oberprimaner gehörten als älteste dem Korps an. — Oberstaatsanwalt: Von der Verlegung reaktionärer staatsfeindlicher Zwecke kann also keine Rede sein? — Zeuge: Das halte ich für ausgeschlossen. — Oberstaatsanwalt: Auch kann nicht von einem militärischen Hintergrund gesprochen werden? — Zeuge: Nein! — Rechtsanwalt Weill: Woher haben Sie Ihre Kenntnis? — Zeuge: Vom Hörensagen! Gegen 1 Uhr tritt Mittagspause ein.

Nachmittagsführung

Nachmittags wird die Vernehmung fortgesetzt. Die Vernehmung einiger Polizeibeamter bringt nichts neues. Zeuge Handlungsgeschichte Schweizer — Mitglied des Pfadfinderverbundes — ist dazu gekommen, als die Bibliothek verbrannt wurde. Er habe sich, um nicht in Konflikt zu geraten, zurückgezogen. Der Zeuge ist erst später wieder ins Pfadfinderverbunden gegangen und hat dort einen Tränimerkerfen vorgefunden. Eine Kaiserbüchse war nicht vorhanden. Bei den aufgehängten Bildern handelt es sich um Pfadfinderbilder. Auf die Frage, ob er einen Revolver getragen, sagte Zeuge (nachdem er darauf aufmerksam gemacht worden war, daß er bei Nichterlaubnis die Antwort verweigern könne): Darauf schweige ich! Als Ziel der Pfadfinder bezeichnet Zeuge die körperliche Erziehung. Revolver ist ausgeschlossen. Nach dem Krieg hätten keine militärischen Uebungen mehr stattgefunden. Auf eine diesbezügliche Frage des Verteidigers Weill erklärt Zeuge: Ich bin Deutscher vom Rassenpunkt aus. A. N. Weill: Sie gehören dem Deutschnationalen Handlungsvereinsverband an? Zeuge: Ja! — Verteidiger: Haben Sie schon von einer Kampforganisation des Vereins gehört? Zeuge: Nein!

Er gibt weiter an, daß er früher einmal das Falkenkreuz getragen habe. Im Korps seien hin und wieder von Bruchsalern Vorträge gehalten worden. Zeuge befindet noch, das vorherrschende Element im Korps seien 16-20jährige Leute gewesen. Heute würde keine Uniform mehr getragen, um nicht Mergernis zu erregen. — Zeuge Kammerer ist Vorstand des Pfadfinderverbundes Bruchsal, das früher 200, jetzt nur noch 20 Mitglieder zählt. Es würden Beiträge erhoben. Der Deutsche Pfadfinderverbund bezweide die Heranziehung der Jugend zu tüchtigen Menschen. — Verteidiger: Sie stehen auf nationalem Standpunkte? — Zeuge: Ja! — A. N. Weill: Was verstehen Sie unter einem Deutschen? Zeuge: Jeden deutschen Staatsbürger! — Verteidiger: Da müssen Sie ja verschiedene Instruktionstunden gehabt haben! — Oberstaatsanwalt und Weill erwidern: Stellen Sie sich, daß Zeuge Schweizer lediglich seine Privatansicht geäußert habe, was dieser bestreitet. Auf weiteres Befragen des Verteidigers erklärt Zeuge Kammerer, über den Kampfbuch und den Erabergermord habe man im Korps nicht gesprochen. Beiläufig bemerkt A. N. Weill: Würden Sie auch einen Sozialdemokraten aufnehmen? Zeuge: Ja! Verteidiger: Dazu haben Sie wohl noch keine Gelegenheit bekommen!

Gendarmereisewachmeister Spriegel, über den Mund der Angeklagten vernommen. Kann nichts Nachteiliges sagen. Sie sind unbestraft bis auf zwei, deren Strafen aber für die heutige Sache außer Betracht bleiben. Zwei weitere Zeugen werden unbedeutend gehört, da sie der Teilnahme verdächtig sind. — Damit ist die Vernehmung beendet.

Die an die Geschworenen gestellten Fragen lauten für jeden der Angeklagten auf schweren Hausfriedensbruch, sowie einfachen und schweren Landfriedensbruch. Außerdem wird jeweils nach milderbenden Umständen gefragt.

Nach einer kurzen Pause nimmt Oberstaatsanwalt Dr. Rudmann das Wort zur Begründung der Anklage. Er führt aus: Auch hier handelt es sich um große Ausbreitungen. Mindestens nicht milder zu beurteilen sind als die in Durlach. Hier wurde ohne Motiv das Eigentum eines Vereins zerstört, der nicht als staatsfeindlich angesehen werden kann. Wäre hier Politik getrieben worden, so würde dies gewiß schon den Behörden bekannt geworden sein, die die Macht und das Recht hätte, den Verein zu verbieten. Der Tod Mathenaus war den Angeklagten gleichgültig. Es war ihnen nur darum zu tun, ihrer Rabaulust und Zerstörungswut zu folgen. Solche Ausschüffe sind ein tieftrauriges Zeichen der Zeit und der Staat muß sich mit allem Nachdruck dagegen schützen. Der Oberstaatsanwalt kommentiert auch heute die §§ 124 und 125. Bei Rindvogel läßt der Oberstaatsanwalt die Anklage wegen einfacher Hausfriedensbruchs fallen. Weill erwidert: Hält er die Anklage bei Fied und Wagner, welche letzterer mit einem Altknabenband aus dem Gebäude gekommen sei und gesagt habe: „Alles Verbrennen, nur die Druckfaden nicht!“ Schumacher, Hebele und Holland hält er zwar nicht des Hausfriedensbruchs (§ 124), wohl aber des einfachen und schweren Landfriedensbruchs (§ 125 Abs. 1 und 2) schuldig. Bei Hebele endlich treffe die Anklage wieder in vollem Umfange zu. Für alle Angeklagten erbittet der Oberstaatsanwalt milderbende Umstände angesichts der damals herrschenden Erregung, angesichts ihrer Jugend und ihres im allgemeinen guten Leumundes. Ammerhin seien strenge, abschreckende Strafen am Platze, da die Exzesse nicht nur die öffentliche Sicherheit gefährdeten, sondern auch die Gefahr blutiger Zusammenstöße in sich bergen.

Verteidiger A. N. Weill

Verteidiger A. N. Weill: Angeklagte die Atmosphäre, aus der der Mathenauermord geboren wurde. Den Ausschreitungen war es zuwider, daß ein Jude als Minister des Reichens amtierte. Sein größtes Verbrechen war in deren Augen die Erfüllungspolitik. Wied diese Erfüllungspolitik nicht auch heute von Stinnes betrieben? Der Unterschied ist nur der, daß Mathenau aus jeden persönlichen Vorteil verzichtete. Stinnes aber schaffte Milliarden in die Taschen der Aktiengesellschaft für God- und Tiefbau und bezahlte muß sie das arme deutsche Volk! Die Kreise aber, die über Mathenau gesetzt haben, sind jetzt verstümmelt. Seine allgemein politischen Betrachtungen frönt der Verteidiger mit dem kräftig unterstützenden Satz: Heute büßt das deutsche Volk mit jedem Wilsen Wert, was das Mordgefinde angerichtet hat! Er fährt fort: Das Lotengedächtnis in Ehren! Aber der Hauptzweck der Demonstration war die Befreiung des Willens, die Republik nicht aufzugeben! In Bruchsal wurde ein Sachschaden von 9000 M festgesetzt. Was ist dies gegen das Meer von Blut, durch welches die Gefinnungsgenossen der Nordbuben Mathenaus gemordet sind? Was bedeutet es gegen die Altenteile auf die Gemeindefiskalhäuser in Leipzig und Mannheim, wo Millionenwerte vernichtet wurden, die von Arbeiterproleten herrührten? Wer hat die Staatsanwaltschaft mehr mit Füßen getreten als die rechtsradikalen Kreise, diese Feinde der Republik!

Das Plaidoyer wird kurz unterbrochen, da der Vorsitzende feststellen will, daß sich die 9000 M nur auf den Gebäudeschaden beziehen. Der Zeuge Kammerer gibt Aufschluß über den 36 000 M betragenden Sachschaden. Der Verteidiger fährt fort, daß auch dieses Ergebnis an seiner Auffassung nichts ändere. Selbst ein Schaden von 50 000 M stehe in keinem Verhältnis zu dem, der den linksstehenden Parteien zugefügt wurde. Er steht aber in gar keinem Vergleich zu dem moralischen und finanziellen Schaden, den das deutsche Volk und jeder einzelne deutsche Staatsbürger Tag für Tag erleidet. Die Bewegung, die sich nach dem Mathenauermord im deutschen Volk auslöste, war keine fünfjährige; es bedurfte keiner Hintermänner und Heher, es brauchte kein Gift mitzuwirken.

Der Verteidiger spricht dann auf die Vorwürfe gegen die Angeklagten zu sprechen. Daß man von Pontius zu Pilatus ließ um die Schlüssel zu erhalten, genügt nicht für einen Landfriedensbruch. Man wollte keine Gewalttätigkeiten und billigte sie nicht. Alle, die nach den Waffen suchten, taten es nur in der Absicht, die Republik zu schützen.

Wie ist es nun mit dem Pfadfinderverbund Bruchsal? Gewiß hat man kein belastendes Material gefunden. Aber so unpolitisch scheinen mir diese Leute doch nicht zu sein. Wer im politischen Leben drin steht und über Bruchsal und das Land Baden hinausblickt, weiß, was Geistes Kind die Pfadfinder sind, muß sich die Frage vorlegen, ob sie nicht als Schlepptreuer reaktionärer Bestrebungen benutzt werden.

Der Verteidiger zieht aus seinen zweifelhafte Darlegungen für Rindvogel, Fied, Wagner, Schumacher, Holland und Hebele den Schluß, daß sämtliche Schuldfragen zu verneinen seien.

A. N. Dr. G. S. S. kommt zum gleichen Antrag bezüglich seines Klienten Wehrerle. — Es ist nach der Rechtsbelehrung gleich wie am Donnerstag bereits 9 Uhr vorbei, als sich die Geschworenen ins Beratungszimmer begeben.

Der gegen 10 Uhr verkündete Wahrspruch lautet bei fünf Angeklagten auf Verneinung der Schuldfragen. Wagner und Hebele werden des schweren Hausfriedensbruchs schuldig befunden. Der Oberstaatsanwalt beantragt gegen diese je 4 Monate Gefängnis, während der Verteidiger die Mindeststrafe von einem Monat für genügend erachtet.

Das Urteil

Das Gericht erkennt nach kurzer Beratung gegen Wagner und Hebele auf eine Gefängnisstrafe von je 2 Monaten. Die Angeklagten Rindvogel, Fied, Schumacher, Holland und Wehrerle werden freigesprochen. Somit fallen die Kosten der Staatskasse zur Last. Um 1/11 Uhr war die Verhandlung zu Ende.

Die Anträge zum badischen Parteitag in Offenburg

Zum Parteitag in Offenburg liegen folgende Anträge vor:

I. Zur Tagesordnung:

1. Der Parteitag möge als besonderen Punkt behandeln: „Die gegenwärtige Teuerung und welche Maßnahmen sind gegen diese zu treffen?“ **Konstanz, Schoppheim.**
2. Der Parteitag wolle die Behandlung der Behebung und Linderung der bestehenden Wohnungsnot als dringlichen Gegenstand auf die Tagesordnung setzen. **Schoppheim.**

II. Organisation und Agitation

Zum Bericht des Bezirksvorstandes:

3. Der Parteitag möge den Bezirksvorstand ersuchen, er möge die Bildung von Bildungsausschüssen in den Orts- und Kreisvereinen energisch fördern. **Triberg.**
4. Der Parteitag möge beschließen, daß die Parteipresse der Arbeiterbewegung mehr Unterstützung durch Hinweise auf ihre Zwecke und Ziele zuteil werden läßt. **Gornberg.**
5. Der Parteitag wolle beschließen, daß in jedem Amtsbezirk jährlich mindestens vier Gemeindevertreter-Konferenzen abgehalten werden. **Unterörsheim.**
6. Der Parteitag beauftragt den Bezirksvorstand, Mittel und Wege zu suchen, die es ermöglichen, eine kommunale Zeitschrift speziell für Baden herauszugeben. **Amtsbezirkskonferenz Weinheim.**

7. Der Parteitag beauftragt den Bezirksvorstand, er möge darauf hinwirken, daß jeweils im Laufe der Wintermonate im Benehmen mit den einzelnen Amtsbezirksvereinen Lehrkurse zur Fortbildung der Gemeindevertreter abgehalten werden. **Amtsbezirkskonferenz Weinheim.**
8. Der Parteitag möge die Aufnahmegebühr entsprechend den Beiträgen erhöhen. **Gornberg.**
9. Der Parteitag möge nachstehendem Organisations-Statutenentwurf seine Zustimmung erteilen. **Bezirksvorstand, Folgt Statuten-Entwurf (bereits veröffentlicht).**

III. Landespolitik

Maßnahmen gegen die Teuerung

10. Die Mitgliedschaft erwartet, daß der Parteitag in Offenburg eingehend zu der gegenwärtigen katastrophalen Teuerung Stellung nimmt und diejenigen Maßnahmen erdiktet, die in Baden zugunsten der arbeitenden Volksschichten ergriffen werden können. **Heidelberg.**
11. Der Parteitag wird dringend ersucht, zur Frage der gegenwärtigen Teuerung Stellung zu nehmen. Neben dem von den Gewerkschaften aufgestellten „Notprogramm“ erscheint allein die Durchführung der Sozialisierung sozialisierungsreicher Betriebe das Mittel zu sein, um den kommenden wirtschaftlichen und wohl auch politischen Zusammenbruch zu verhindern. Die Reichstagsfraktion soll daher beauftragt werden, mit dementsprechenden Anträgen an die gesetzgebenden Körperschaften unwiderruflich heranzutreten. **Schoppheim.**
12. Die fortschreitende Teuerung und Verelendung erfordert dringend schnelle und durchgreifende Abwehrmaßnahmen. Trotz der Heberzeugung, daß eine der Hauptursachen die Ausweitung des Versailles-Friedensvertrags sind, darf nicht übersehen werden, daß Mißstände anderer Art einen Teil Schuld mit tragen. Wir fordern deshalb: Energieische und unerbittliche Bekämpfung des widerlichen Geistes und wucherischer Handlungen; Unterstützung des Antisemitismus, auf Verbot des freien Preisverkehrs; die Bestrafung des Wunders mit Arbeitszwang; Ausziehung von Sachverständigen aus Vertrauenskreisen bei Vorbereitung von Anklagen durch die Staatsanwaltschaft. **Freiburg.**
13. Der Parteitag möge beschließen, daß die Zentraleitung der Sozialdemokratischen Partei Badens in Verbindung mit der Zentrale der Gewerkschaften alle zu Gebote stehenden Mittel anwendet, um der Verelendung des Proletariats entgegenzutreten. **Willingen.**
14. Der badische Parteitag stellt an die Vertreter der Partei im Lande und Reich die Forderung, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß der immer noch fortschreitenden Verelendung der Massen entgegengetreten wird. **Triberg.**
15. Zur Unterstützung und Erweiterung der Postlebensmaßnahmen der Gemeinden hat auch das Land Mittel in entsprechender Höhe zur Verfügung zu stellen. Durch außerordentliche Zuschüsse in den Domänenverwaltungen ist den Gemeinden Holz zum Selbstkostenpreis zur Verfügung zu stellen, das den Mindestpreisen zugänglich zu machen ist. Fortschrittliche Bedenken müssen angesichts der großen Brennholznot in den Wintermonaten, da außerordentliche Zeiten die Anwendung außerordentlicher Mittel rechtfertigen. **Freiburg.**

Behebung bzw. Linderung der Wohnungsnot

16. Nur die Verstaatlichung der Baustoffwirtschaft kann — neben anderen Maßnahmen, besonders der tatsächlichen Durchführung der Wohnungsangelegenheiten vom 2. August 1920, — ohne die bis jetzt geübte Rücksichtnahme, tatkräftige Maßnahmen schaffen. Die Landtagsfraktion würde aufgefordert werden, in diesem Sinne die zweckentsprechenden Anträge zu stellen und Maßnahmen zu treffen, hierbei ist auf eine Verringerung des § 8 Absatz 4 der Wohnungsangelegenheiten-Verordnung in der Richtung hinzuwirken, daß mehr als fünf Zimmer ein Haushalt nicht beanspruchen darf. **Schoppheim.**
17. Die Partei wolle beim Arbeitsministerium beantragen, daß die Baubarbeitensuche rascher erledigt werden, insbesondere, daß rechtzeitig mit der Aufstellung des Bauprogramms für 1923 schon im Winter 1922/23 begonnen und dafür gesorgt wird, daß die Baumaterialien, wie Zement, schon vor Beginn der Bauperiode 1923 bereitgestellt werden. Alle Bestrebungen, welche auf eine gründliche Neuordnung des Wohnungs- und Bauwesens durch Sozialisierung und auf eine Reform des Bodenrechts hinauslaufen, sind aufs tatkräftigste zu unterstützen. **Willingen.**
18. Der Parteitag wolle beschließen und die sozialdemokratische Landtagsfraktion beauftragen, dahingehend zu wirken, daß zur Linderung der Wohnungsnot größere Summen an Baukostenzuschüssen vom Staat zur Verfügung gestellt werden. **Semsbach.**
19. Um der Verschärfung der Wohnungsnot (Einstellung der Bautätigkeit) und damit drohender Ernährungsnot vorzubeugen, sind vom Staat aus dem Anteil der Wohnungsabgabe größere Mittel laufend und rasch den Gemeinden zur Verfügung zu stellen. Für die ländlichen Bezirke sind Bezirkswohnungs-Kommissionen zu bilden, denen das Recht der Rationierung und Beschlagnahme der Wohnungen an Stelle der Gemeindeverwaltungen übertragen wird. Bei allen Mieteinigungsämtern sind zu den Entscheidungen Weisiger und Vermieterkreise hinzuzuziehen. **Freiburg.**
20. Der badische Parteitag möge beschließen: Unsere Vertreter in Staat und Gemeinde werden beauftragt, dafür einzutreten, daß die Zuschüsse zur Miete und Wohnabgabe innerhalb Badens auf Grund des Reichsmietengesetzes den Reichsdurchschnitt nicht übersteigen. **Karlsruhe.**

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Wäuer

Karlsruhe, 23. Oktober

Geschichtskalender

23. Oktober, 1865 Widerruf des Edikts von Nantes. — 1872 Der französische Dichter Theophile Gautier in Reutling. — 1913 Der Schriftsteller Edgar Scheerer in Mündeln.

Karlsruher Parteinarbeiten

Bereinigter sozialdemokratischer Partei. Die Mitglieder der Kommission zur Vorbereitung der Revolutionsfeier am 9. November sowie die Vorsitzenden der Stadtteilbezirke von Karlsruhe werden zu einer wichtigen Sitzung auf heute Montag abend 6 Uhr in die Volkshaus-Saalung, Albrechtstraße, eingeladen. Das Erscheinen sämtlicher Genossen ist dringend erforderlich.

Bereinigter sozialdemokratischer Partei. Dienstag, den 24. d. M., abends 7 1/2 Uhr, im „Gleichen“ Vertrauensmannerversammlung. Hierzu sind auch die Betriebsräte, soweit sie der vereinigten Partei angeschlossen, sowie auch unsere Kandidaten zum Bürgerausschuß freundlichst eingeladen. Da es sich um äußerst wichtige Dinge handelt, ist das Erscheinen jedes Einzelnen erforderlich.

Die Eintrittskarten zur Hermann Müller-Versammlung in der Festhalle sind fertiggestellt und können bei Genosse Kaffier Lang, Kaiserstraße 48, 5. St., abgeholt werden.

Wer ist bei den Gemeindevahlen wahlberechtigt?

Jeder Deutsche, der über 20 Jahre alt ist und seit mindestens einem halben Jahr in Karlsruhe wohnt, ist wahlberechtigt.

Siehe deshalb jeder die Wahlkartei nach, ob er eingetragen ist. Vor allem müssen sich die Neuzugewanderten bei der Aufnahme in die Wahlkartei, die in der neuen Gewerkschule am Adelsplatz (3. Stock) aufsteht, überzeugen. Die Wahlkartei kann eingesehen werden die ganze Woche von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, sowie am Sonntag, 28. Okt., von vormittags 11—12 Uhr.

Es war einmal...

Manchmal, wenn mich die Sorgen und Aufregungen des Tages nicht recht schlafen lassen, gebe ich mir, um die stillen, nachlichen Stunden hinzubringen, allerlei Rechenexempel auf. Lustige Aufgaben sind es meist, über deren Resultat man lachen könnte, wenn das Ergebnis nur nicht in Wirklichkeit ein allzu ernstes und trauriges wäre. Alle meine Rechenexempel ermitteln die Spannung, die zwischen Hebelkraftmöglichkeit und Preisbildung innerhalb eines knappen Jahreszeitraumes eingetreten ist. Damals konnte ich für zwei Wochenlohn einen Anzug oder einen Winterüberzieher, für einen Wochenlohn einen Sommerüberzieher, für den Verdienst zweier Tage ein Paar Stiefel, für den Verdienst eines Tages einen hochmodernen Hut kaufen. Heute muß ich für einen Anzug etwa ein Vierteljahr, für ein Paar Stiefel ein und ein halbes Jahr, für einen Lumpigen Hut eine halbe Woche arbeiten. Damals verdiente ich in einer Stunde ein markenfries Brot aus gutem Mehl, heute muß ich für ein Markenbrot aus schlechtem Mehl ein und ein halbes Stunde arbeiten. Fünfzigzig Jahren folgten mich damals den Schweiß einer halben Stunde; heute müßte ich für die gleiche Anzahl ebensolcher Markfrüchte ziemlich zwei Stunden schuften; aber ich habe mir, wie so vieles andere, das Bittertrauer längst abgewöhnt. Und ganz genau so steht es mit dem Bier, dem Bohnenkaffee, dem Wurst, dem Fleisch, dem Sonntagsmittagskaffee. An geistige Genüsse, an ein gutes Buch, an ein Konzert oder an ein Theaterbesuch kann ich überhaupt nicht mehr denken. Und ich frage mich: wozu lebe ich eigentlich überhaupt noch. Selbst die Hoffnung auf bessere Zeiten, die früher dann und wann in mir aufkamen, scheint so leuer geworden zu sein, daß sie sich nicht mehr zu mir verirrt. Nur die Erinnerung will nicht sterben — die Erinnerung, daß alles einmal anders gewesen! Wie ein Märchen erscheint mir dann die Vergangenheit. O, diese schlaflösen Nächte! Ja, ja, es war einmal Es... war... einmal!...

* Brotpreiserhöhung. Eine ganz empfindliche Erhöhung des Preises für rationiertes Brot tritt von heute ab in Kraft. Es kosten ein 1500 Gramm-Brot 34.50 M., ein 750 Gramm-Brot 17.25 M., ein 100 Gramm-Brot 2.30 M., 500 Gramm Brotmehl 10.60 M. Auch die markenfriesen Waren erfahren eine Erhöhung, so daß ein Wasserwerk (Doppelwerk) 14 M. kostet. Begründet wird die Erhöhung mit der Erhöhung der Rohstoffpreise, Arbeits- und Fuhrpreise. Die Hinaufsetzung des Brotpreises auf Grund des erhöhten Getreidepreises steht uns noch bevor und bezweifelt damit das Elend und die Not der arbeitenden Massen noch mehr.

* Brand. Am Samstag vormittag brach in einer der Baracken an der Gillingerstraße ein Brand aus, der einen erheblichen Schaden an der Wohnungseinrichtung verursachte. Die herbeigekommene Feuerwehr war wohl sehr über das verheerende Element. Neben die Brandursache ist noch nichts bekannt.

* Der Film „Fredericus Rex“. Der badische Verwaltungsgerichtshof hat das vom Bezirksamt Karlsruhe erlassene Verbot des von der Filmprüfungsstelle in Berlin für das ganze Reich zugelassenen Bildstreifens „Fredericus Rex“ aufgehoben.

* Diebstahl. In letzter Zeit wurde aus einem Schuppen in der Wallstraße etwa 100 Quadratmeter etwas abgenutztes Hohlblech, für Bodenbelag geeignet, im Werte von 150 000 M. von bis jetzt unbekanntem Täter entwendet.

* Großräuber Dieb. Der Dieb, der in letzter Zeit hier eine große Anzahl von Kleingeldscheinen aus Koffern in höchsten Wirtschaften verübte, kamte in der Person eines Tagelöhners von hier verhaftet werden.

Valuta-Bericht vom 21. Oktober

Die Mark notierte heute in der Schweiz ca. — 127, G. G., Auszahlung Holland notierte etwa 1734 M. per holl. Gulden, Auszahlung Schweiz notierte etwa 803 M. per schweiz. Fr. Auszahlung England notierte etwa 1970 M. per Pfd. Sterling, Auszahlung Frankreich notierte etwa 820 M. per franz. Fr. Auszahlung Rußland notierte etwa 4418 M. per Dollar.

Wassersand des Rheins

Schulterinsel — Reß — Regau, 474, gest. 14 Btm. Mannheim 382, 29 20 Btm.

Kleine badische Chronik

Kropfschilde, 20. Okt. Seltene Wette! Am Samstag kam in St. Ludwig ein Ehepaar, Herr und Frau Ferrar an, das sich zum zweitenmal auf einer Reise um die Erde zu Fuß befindet. Es handelt sich hierbei um die Ausrauung einer Wette, für deren Gewinn 500 000 Franken ausgesetzt sind. Den Unterhalt bestreitet das Ehepaar durch den Verkauf ihrer Photographien. Auf einem kleinen Handwagen führen sie alle nötige mit sich. Das seltsame Ehepaar ist bereits 4 Jahre 3 Monate unterwegs und soll in 9 Monaten die Reise beendigt haben.

Eperanto in den Schulen

aed. Mit der Frage des Eperanto als Lehrgegenstand in den Schulen beschäftigte sich eine Konferenz vom 18. bis 20. April in Genf, die von 51 Vertretern aus 28 Ländern, darunter 14 Regierungen, zahlreichen Schulbesitzern, Vereinigungen usw. besucht war. Außerdem waren vertreten das Sekretariat des Weltverbundes, das Internationale Arbeitsamt, die Internationale Organisation der Arbeitervereine, das Internationale Freidenkerverband, die Internationale Kinderbewegung, der Weltbund der christlichen Vereinigungen junger Männer, Handelsvereine usw. — Aus den Berichten der Teilnehmer geht hervor, daß Eperanto schon fast allgegenwärtig gelehrt wird in den Volksschulen in fast allen verschiedenen Ländern in Großbritannien, darunter aber auch in Ost- und West-Schweiz. In drei italienischen Städten darunter Mailand, in rund 80 deutschen und 20 holländischen Städten, ist der Unterricht in Eperanto fakultativ. — Ein Versuch zur Einführung des obligatorischen Eperanto-Unterrichts wurde in den englischen Mittelschulen gemacht, ein weiterer Versuch zu einer fakultativen Einführung in den Pariser Handelsschulen, auch in einzelnen Schulen Hollands und Finnlands. Das bulgarische Parlament beschloß 1921 die Einführung des fakultativen Eperanto-Unterrichts in den Mittelschulen. Das gleiche tat die tschechische Regierung. Ein Ertrag der chinesischen Regierung, der allerdings einstweilen wieder aufgehoben wurde, gestattet die Einführung des Eperanto-Unterrichts in allen Normal- und Mittelschulen. Die japanische Regierung hat dem Parlament die Einführung des Eperanto-Unterrichts in den Schulen empfohlen. Für die Fachschulen der italienischen Handelsmarine wurde der Eperanto-Unterricht gestiftet mit dem Erfolge, daß 6 von den bestehenden 21 Schulen dieser Art den Unterricht schon einführen. — Auf Vorschlag der britischen Gruppen erhielt die Konferenz einen Antrag an die Lehrer aller Länder, um sie auf die Bedeutung des Eperanto für das Unterrichtsweien, wie auch für die internationalen Beziehungen, aufmerksam zu machen. Ein weiterer Vorschlag erlief den Bülletten, für den Eperanto-Unterricht einzutreten. Durch die leichte Erlernbarkeit hat sich die Weltfremdsprache Eperanto durchgesetzt und ist über alle geographische Einräumung in den Schulen zu begründen, zumal solche leicht schon als ein Kulturfaktor bezeichnet werden muß.

Aus der Partei

Das Parteitagprotokoll von Augsburg

Das Parteitagprotokoll von Augsburg ist zum Vorzugspreis von 12.50 M. für Parteimitglieder in der Volkshaus-Saalung Karlsruhe, Albrechtstraße 16, erhältlich. Bestellungen müssen innerhalb acht Tagen erfolgt sein.

Die Tscheta, russische Silbermine an der Wolga, herausgegeben von Paul Samoylov, Berlin 1922. R. 5. B. Die Tscheta, und Buchführung Vorarbeit. — Der Kampf gegen die russischen Sozialrevolutionäre hat die Augen der ganzen Welt auf die Tscheta gelenkt. Diese haben sich in der Tscheta einen politisch-gerichtlichen Einrichtungsapparat geschaffen, der in großem Maße die Welt für alles das mordet, was eine kommunistische Parteiregierung mit dem Brandmal der Ordnung- und Staatsfeindschaft gezeichnet hat. Russische Sozialisten, meist ökonomisch-gemarterte und selbstig-gequälte Opfer einer höflichen, politischen Verfolgung, haben ihre Erinnerungen an die Tscheta der Tscheta aufgeschrieben. Sie schreiben nicht auf Grund unkontrollierter, kritiklos aufgeschriebener Gedächtnisse, nein, sie lassen die Ereignisse wieder entstehen, deren unmittelbare Zeugen sie gewesen sind. Unter Führung russischer Sozialisten betreiben wir das grauenvolle „Schiff des Todes“, auf dem eine seltsame Maschine Angehörige in Verurteilte und Verurteilte in verurteilte Leichen verwandelt. Wir lernen die völlig entmenschten Werkzeuge der Tscheta kennen: fast-graumane Unterführungsrichter, vertriebene Genossen und schändliche Gefängnisverwalter. Vor unseren Augen leben die Scheußlichkeiten mittelalterlicher Folterkammern wieder auf und in den gesundheitsschädlichen Kerkern und Konzentrationslagern der roten Zarenzeit leben wir zahllose rüchtraufste Männer und Frauen und Kinder. Die Aufzeichnungen der russischen Sozialisten schließen mit dem ungeschicklichen Massenmord an die Arbeiter. Die Dokumente der russischen Sozialisten über die Vorkämpfer der Tscheta veröffentlichten wir, um das Bewußtsein der arbeitenden Welt wachzurufen, damit es mit elementarem moralischen Druck die Politik der Sowjet-Revolution in die Bahn des humanen demokratischen Sozialismus drängen hilft. Dieses Buch muß von jedem Arbeiter und Handarbeiter gelesen werden. Mitglieder erhalten es durch ihre Organisationen zu einem ermäßigten Preise von 35 M. (statt 50 M.). Die Organisationsstellen wollen sich wegen des Preises an die örtliche Volkshaus-Saalung wenden.

Rechte Nachrichten

Die Reparationskommission beginnt mit der Prüfung

WTB. Paris, 22. Okt. Nach einer Sabotageaktion hat die Reparationskommission mit der Prüfung der gestrigen überreichten Vorschläge der französischen Delegation begonnen. Weitere Sitzungen finden in der laufenden Woche, zum ersten Male am Montag, statt.

Schweres Eisenbahnunglück in Rumänien

30 Tote — 30 Verletzte

Wie die Blätter aus Lauchenburg melden, stießen zwei hintereinander fahrende Züge mit Teilnehmern an der rumänischen Krönungsfeier zusammen. Nach den bisherigen Feststellungen wurden 30 Personen getötet und etwa 30 schwer verletzt. Unter den Toten befindet sich auch ein Schloffer des rumänischen Handelsministeriums. Der Verletzte auf der Strecke Bukarest-Constanza ist unterzogen.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle. Jemgord, alt 4 Monate 12 Tage, Vater Bild. Zimmer, Ranzler, Frieda Heine, alt 67 Jahr Witwe des Oberleutnants Theodor Heine. Beerdigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbener Montag, den 23. Oktober. 2 Uhr: Regine Kern, Wagner-Wm. Rudolfstr. 16. 3 1/2 Uhr: Gottlieb Kapp, Solterer, Wilhelmstr. 56. 4 1/2 Uhr: Kasch. Wenzel, Tagelöhners-Wm., Jirtel 14.

Die Gemeindevahlen

Im „Volkstfreund“ wurde bekanntlich angeregt, daß in den Gemeinden von 200 bis 4000 Einwohner die Wahlen der Gemeindeverordneten und der Gemeindevorstände miteinander verbunden werden sollen, weil in der jetzigen Zeit die Steuerung dadurch sehr viel Geld gespart werden könnte.

Als Antwort auf diese Anregung wird nun amtlich mitgeteilt:

In der Presse wird die Frage erörtert, ob bei den bevorstehenden Gemeindevahlen in den mittleren Gemeinden von 200 bis 4000 Einwohnern die Wahl der ehrenamtlichen Gemeindevorstände mit der der Gemeindeverordneten verbunden werden, unter Umständen sogar mit einem gemeinsamen Stimmzettel vorgenommen werden kann.

Die Frage ist durch § 2 der Verordnung über die Gemeindevahlen vom 23. März 1922 bereits entschieden, und zwar in dem Sinne, die genannte Bestimmung schreibt vor, daß beim Zusammenreffen verschiedener Gemeindevorstände die Wahl der Gemeindeverordneten stattfindet, auf welche zunächst die Wahl der ehrenamtlichen Gemeindevorstände und sodann die Wahl der Bürgermeister und der besoldeten Gemeindevorstände folgt. Wenn daher auch bei diesen Wahlen in den mittleren Gemeinden, in denen die Wahl der Gemeindevorstände unmittelbar durch die Wahlberechtigten erfolgt, nicht erst das rechtsgültige Ergebnis der Wahl der Gemeindeverordneten abgemeldet werden muß, so läßt die Bestimmung doch darüber keinen Zweifel, daß die Wahl der Gemeindevorstände erst nach erfolgter Wahl der Gemeindeverordneten, also in einem besonderen Wahlgang, stattfinden kann.

Diese amtliche Verlautbarung muß aufs höchste übersehen. Wir glauben nachgewiesen zu haben — und amtlich ist dies nicht zu übersehen —, daß nach der Gemeindeordnung, also nach dem Gesetz, die be-

den Gemeindevahlen in Gemeinden von 200 bis 4000 Einwohnern miteinander verbunden werden können. Das eine Verordnungsrecht, monach so wie im Jahr 1919 die Wahlen auch diesmal wieder getrennt vorgenommen werden sollen, ist noch kein Grund, dem geäußerten Wunsch nicht nachzukommen. Es müßte die Verordnung nur entsprechend abgeändert werden und es bliebe noch genügend Zeit, um in den in Frage kommenden Gemeinden die nicht allzu großen Vorbereitungen für die zu verbindenden Wahlen zu treffen. Es ist dringend zu wünschen, daß man sich bei der zuständigen Behörde die Sache noch einmal überlegt, damit nicht berechtigter Vorwürfe wegen bürokratischen Verhaltens in der zuständigen Behörde erhoben werden können.

Einrichtung der Wahlvorrichtungsstellen

1. Die Einrichtung der Wahlvorrichtungsstellen hat für die Wahl der Gemeindeverordneten und Gemeindevorstände bis zu 4000 Einwohnern spätestens bis zu einer bestimmten Stunde am nächsten Tage vor der Wahl beim Bürgermeisteramt zu erfolgen.
2. In den Gemeinden und Städten über 4000 Einwohner hat die Einrichtung der Wahlvorrichtungsstellen am dritten Tage vor dem Wahltag zu erfolgen.
3. Die Bestimmung von Räumlichkeiten in den Wahlvorrichtungsstellen muß für die Gemeindevorordneten spätestens bis zum Ablauf des sechsten Tages vor dem Wahltag beendet sein.
4. In den Gemeinden und Städten über 4000 Einwohner am zweiten Tage vor dem Wahltag.

Ungültig ist eine Wahlvorrichtungsliste:

1. Wenn sie veraltet eingereicht ist.
2. Wenn sie nicht die erforderliche Zahl gültiger Unterschriften enthält.
3. Wenn die Zustimmungserklärung der Vorgesetzten fehlt oder eine Reihe der Vorgesetzten nicht erkennbar ist.

Einzelne Wahlvorrichtungsstellen sind ungültig

1. Wenn die Vorgesetzten nicht so bezeichnet sind, daß sie nicht mit anderen Personen gleichen Namens in der Gemeinde verwechselt werden können.
2. Soweit die Zahl der Vorgesetzten über die Zahl der zu Wählenden hinausgeht.
3. Wenn die Zustimmungserklärung der Vorgesetzten fehlt.

Die Stimmzettel zu Lasten der Parteien

Auf eine Anfrage, ob bei den Wahlen für den Bezirks- und Kreisrat, sowie für die Gemeindevorstände und Gemeindeverordnetenwahlen die Stimmzettel vom Staat bezahlt würden, ähnlich wie bei den politischen Wahlen zum Reichstag oder Landtag, hat man in Karlsruhe geantwortet, daß eine solche Vergütung nicht stattfindet. Die Parteien müssen also die Stimmzettel selbst bezahlen.

Schriftleitung Georg Schöpflin, Verantwortlich: für Artikel, Politische Übersicht und letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtsprechung und Justizwesen Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Anzeigenenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Preis 4 Pfennig und mehr je Seite. Bei 10 — die Zeile (Gerichtsanzeigen finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme). Karlsruher (Naturfreunde) Seite abend Auslieferung im „Gambinus“.

Unsere Filialinhaber

welche den „Volkstfreund“ durch die Post übersenden erhalten, wollen die für November benötigte Bezugszahl spätestens bis zum Mittwoch, den 25. Oktober, uns mitteilen, sonst kann die Zustellung bis zum 1. November nicht rechtzeitig erfolgen. Verlag des „Volkstfreund“.

Gemälde-Galerie Jansen
Karlruhe, Karlsruherstraße 32 (neben Hotel Germania)
Ab 15. Oktober: Neue Ausstellung
Karlsruher Künstler: Telefon 2331 5371

In 30 Minuten Ihre Zahnbildung
nur im **Postamt, Kaiserstr. 37, 2. Stock**
Diensstag von 10 bis 6 Uhr werden **Gebisse** gefaßt, **Zahn** 200 u. 250 M.
Karlsruher, 37, part. A. Weindl.

Die Erhöhung der Kammergebühren betr.
Der Verwaltungsrat hat den Grundbesitzern der Kammergebühren mit Wirkung vom 23. Oktober 1922, die für den Landbezirk Karlsruhe auf 4000 % erhöht.
Karlsruhe, den 21. Oktober 1922. D. 3. 145
Bezirksamt. — Wst. II.

Eindienung des Bürgerausschusses.
Zu Berufung der Mitglieder des Bürgerausschusses in einer öffentlichen Versammlung auf **Freitag, den 3. November ds. Jrs., nachmittags 2 Uhr** in den großen Rathssaal.

Tagesordnung:

1. Verhandlung der Abt. Rechnungen für das Rechnungsjahr 1919/20.
2. Genehmigung von Kreditverlängerungen und Kreditübertragungen (154).
3. Erhöhung des Kredits für die Erschließung des Geländes bei dem Anwesen der Wollschmiederei beim Reichhof (155).
4. Umbau des Reichhofgebäudes für das Abt. Arbeitsamt (Kreditverhöhung) (147).
5. Erhöhung des allgemeinen Kredits für Erweiterung des Abt. Radeln und Befahrung von Transformator (151).
6. Erhöhung des Kredits für die Erschließung eines Werkstättengebäudes auf dem Gelände des Ostwärts (156).
7. Umbau der Generatoren der Kammerofenanlage im Ostwerk (157).
8. Erhaltung einer Wagenhalle für die Abt. Reichhof beim Reichhof (146).
9. Antrag gem. § 64 Abs. 2 Gew. O. betr. den Ausbau der Straßenbahn nach Rühlheim.
10. Stadtländliches Budget (144).
11. Vergütung für die Mitglieder der amtlichen Schöpfungskommission (148).
12. Abgabe von Gelände an den Rheinclub Altmannia in Erbbonrecht (149).
13. Verkauf von Grundstücken im Weisfeldergebiet (150).
14. Verkauf von Grundstücken an der Traisstraße und Verkauf der Grundstücke an der Traisstraße an den Bürgerausschuss beauftragten Bankkredit (152).
15. Erweiterung der Grundstücke Zg. 5741, 5758, 5842 und 5808 aufgrund des vom Bürgerausschuss beschlossenen Planes (143).
16. Erhöhung der Wohnungsvergütung, d. h. teilweise Minderung der Gemeindefachstellen vom 21. August 1922 (153).

Karlsruhe, den 19. Oktober 1922. 2967
Der Oberbürgermeister.

Wahlreise 1922/23.
Zweck: Festlegung des Wahlkreises für das kommende Wahljahr und die landwirtschaftlich genutzten Flächen, einer Grundkarte nach ihrer Bodengüte in vier verschiedene Klassen eingeteilt. Die Einleitung ist aus dem beim städtischen Tiefbauamt, Nummer 28, im Rathaus anliegenden Pläne zu ersehen. Jedem Bürger städtischen Wohnortes steht es frei, in der Zeit vom Montag, den 23. bis Dienstag, den 31. Oktober, den Plan in den Stunden von 10 — 12 Uhr, an geeigneter Stelle einzusehen und etwaige Einwendungen zu erheben. Soweit solche Einwendungen nicht erhoben werden, wird nach Ablauf der gestellten Frist das Ergebnis der Pläne mit der Zustimmung angenommen.
Karlsruhe, den 20. Oktober 1922.
Der Oberbürgermeister.

Aufbau, Sticker, Gegenstände, Platin, Gold, Silber, p. Zahn 250 M.
Ziegler, Karmelitenstr. 20, Telefon 321.

Schuhwaren
aller Art (Gelegenheitskäufe) offiziell billigst
An- und Verkaufsgeschäft Metzger, Zähringerstr. 53 a.
Schnapsleihen, Eisen, Schlägerei, Kasse zu verkaufen, Schilling, Nr. 2, Hinter der Klingelstr.

Zuckerverforgung betr.
Das Badische Ministerium hat am 3. Oktober 1922 über den Verkehr mit Zucker (M. O. S. 703) gem. § 12 Abs. 3 der Verordnung und § 1 der Badischen Zuckerverordnung hierzu mit sofortiger Wirkung angeordnet:

1. Wer die ihm nach der Reichsverordnung über den Verkehr mit Zucker vom 3. Oktober 1922 zufließende Zuckermenge — zunächst 1 kg je 2 qm und Konat — bezieht, hat sich bis spätestens 5. November bei dem Bezugsamt (Kleinverteilung) einzuregistrieren, was durch ein Verzeichnis zu tun ist. Bei der Registrierung sind Name und Nummer der Wohnung anzugeben. Die Familienmitglieder sind bei der Registrierung anzugeben, wobei die besitzenden Angehörigen für den Zuckerbedarf zu wachen sind unter Angabe der Anzahl der Familienmitglieder.
2. Die bisherigen Einfuhrungen in Geschäften zum Zwecke des Zuckerbezugs sind ungültig.
3. Die Zulassung der Zuckerbezieher ist durch den Kaufmann, bei dem sie anliegen, abzuholen und bis 10. November dem Bezugsamt einzureichen unter Angabe der letzten Bezugsverhältnisse hiernach Zucker benötigt wird.

Karlsruhe, den 21. Oktober 1922.
Der Oberbürgermeister.

Erhöhung der Preise für rationiertes Brot.
Anfolge weiterer Erhöhung der Rohstoffpreise, Arbeits- und fuhrbare Erzeugnisse die Preise ab 23. Oktober ds. Jrs. auf:

Ein 1500 Gramm-Brot	... A. 24.50
Ein 750 Gramm-Brot	... A. 12.25
Ein 100 Gramm-Brot	... A. 2.50
500 Gramm Brotmehl	... A. 10.00

Preise für markentfreie Waren
ab 23. Oktober 1922:

80 Gramm-Brotmehl	... A. 14.-
250 Gramm-Brotmehl	... A. 40.-
400 Gramm-Brotmehl	... A. 40.-
500 Gramm-Brotmehl	... A. 45.-
Salzweiz, Brotmehl	... A. 7.-

Städt. Bezirksamt.

Kaiserstr. 153. Wolkino Telefon 5448
Vom 20. bis 26. Oktober 1922 das große Doppelchlagereposse **Eddie Polo** in seinem 2. Abenteuer aus dem wilden Westen in 2 A. **Im Kampf gegen Uebermacht.**
Der neueste Grossfilm der Saison **Du sollst nicht gebären** ... Ein moderner Schiager aus der Bergwelt. 7 lange Akte. 5384

Badisches Landestheater.
Montag, 23. Oktober, 7 bis nach 10 Uhr. A. 110.—
Abonn. 5. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1401—1700
Torquato Tasso.

Flotte Wintermäntel Mk. 3600.— an Tuch, Astrachan, Affenhaut, Seidenplüschmäntel, Regenmäntel, Kostüme, Blusen, Kleider, Unterröcke

Warme
Bettlucher, Reformhosen, Unterröcke, Unter Pantal, Strickjacken, Ueberblusen, Weisses Damennemden, Hoosen, Prinzessröcke

Daniels Konfektionshaus
Karlsruhe, Wilhelmstr. 34, 1. Troppe. Keine Ladenspesen, billige Preise.

Schlupfer, Ulster,
Kostüme, Krawatte, Hosen und Schuhe aller Art. (Gelegenheitskäufe) tauchen Sie noch sehr preiswert bei **Gloher, Zähringerstr. 53 a.**

„Goldener Ochsen“
Kaiserstr. Nr. 51.
Mittagessen
in und außer Abonnement.
Prima spanische Weine ff. Schrempf-Biere.

Arbeiter! Werbet für den „Volkstfreund.“
Durlacher Anzeigen.
Gastols.
Durch Stadtschultheiß vom 20. Oktober 1922 sind die Gastolpreise mit Wirkung vom 23. Oktober 1922 ab bis auf weiteres wie folgt festgelegt:

Grübels	... 2.80 — je 300 ab Gastol
Reifels	... 600 — „ „
Schlachten	... 315 — „ „

für die Zulassung werden die jeweils von der Durlacher Stelle festgesetzten Sätze berechnet. 2970
Durlach, den 21. Oktober 1922.
Der Bürgermeister.

Winterbeihilfe für Sozialrentner.
Das Badische Arbeitsministerium hat mit Mittel zur Schätzung einer außerordentlichen Beihilfe an Sozialrentner überzogen. Sozialrentner, die Rentenunterstützung aus der Stadtkasse beziehen, erhalten die Beihilfe **ab dem 1. November** ohne besonderen Bescheid von dem Sozialrentner, die bisher mit ihrem Antrag auf Schätzung einer Unterstützung nach dem Reichsbeschäftigungsgesetz abgelehnt worden sind, weil sie keinen Vorantrag nicht voll erfüllen, können auf Antrag eine Zulassung erhalten, sofern sie in Verbindung ihrer Zulassung Besondere Beihilfe hierzu begehren.

Anträge von solchen Rentenempfängern werden vom 20. bis 22. einl. Donnerstag, den 26. d. M. vom unterzeichneten Amt entgegengenommen.
Nachträgliche Meldungen werden nicht berücksichtigt.
Durlach, den 21. Oktober 1922.
Städt. Arbeitsamt.

Todes-Anzeige.
Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater, **August Heim**, Bruder, Schwager und Onkel, nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 30 Jahren gestorben ist, Karlsruhe, 22. Oktober 1922.
Die trauernden Hinterbliebenen: **Klara Heim** (Wwe.), geb. Schirrmann, und 1 Kind.
Familie Karl Schirrmann, Schriftsetzer.
Adolf Heim und Frau, Inspektor.
Die Beerdigung findet am **Dienstag, 24. Oktober**, nachmittags 3 Uhr statt. Trauerhaus: Schützenstr. 83 V.

Trauerhüte
in jeder Preislage stets vorrätig
S. Rosenbusch, Kaiserstr. 137.

Aufgepreßt
nicht aufgeklebt oder genagelt ist
Henningers Gummibesohlung
Garant vollständiger Ersatz f. Lederbesohlung, was nicht in halbbare. Preis allgemeinere Steigerung können wir unsere bisherigen Preise weiter führen, da wir mit großem Umsatz arbeiten. 5381
Lederbesohlung — Turnschuhbesohlung
Haupt-Kaiser-Allee 145 Haltestelle betriebl. Philippstr.

Zucker-Verforgung.
Zur Durchführung der Reichsverordnung über den Zuckerbezug im Wirtschaftsjahr 1922/23 fällt die Anmeldung der Zuckerbezieher bei einem Bezugsamt (Kleinverteilung) bereits am 23. Oktober 1922 ab bis auf weiteres wie folgt festgelegt:
Für diese Stadt wird demnach Durchführung der Reichsverordnung, daß die Anmeldung in einem Geschäft nur gegen Vorlage eines besonderen Ausweises mit Kontrollabdruck erfolgen darf. Diese Ausweise werden in den nächsten Tagen zur Ausbeile gelangen. Eine vorherige Anmeldung bei einem Geschäft ist zwecklos und unnützlich. Der Tag der Ausgabe der Ausweise und die näheren Bedingungen über die Anmeldung bei den Bezugsämtern werden nach bekannt gegeben.
Durlach, den 21. Oktober 1922.
Kommunalverband Durlach-Stadt. 2971

Durlacher Anzeigen.
Das Domänenamt haben verpachtet 71 Acker (Acker) auf dem ehem. Gerzlerplätzchen, hüllig der Badener Straße. 2972
Landbedürftige Landwirte wollen sich bis längstens 26. ds. Mts. auf dem Rathaus bei der — Zimmer 11 — melden.
Karlsruhe, den 21. Oktober 1922.
Das Bürgermeisteramt.
Anfolge Erhöhung der Kohlenpreise und Zulassung für die Sozialrentner müssen die Preise für rationiertes Brot mit Wirkung vom 23. Oktober, ds. Jrs. wie folgt festgelegt werden:
Brot 34 — für 1500 Gramm Brot,
Brot 17 — für 750 Gramm Brot.
Karlsruhe, den 20. Oktober 1922. 2973
Kommunalverband Durlach-Stadt.

Baden-Baden

Rheinische Credithank
Filiale Baden-Baden.
Telephon: 1180 - 1190 - 1580 - 1581 - 1582 - 1584 - 1585.

Süddeutsche Diskonto-Gesellschaft A.-G.
Filiale Baden-Baden
Luisenstraße 3 (gegenüber der Trinkhalle).

Bankhaus Carl T. Hermann & Co.
Sofienstraße 6. Telephon 101 u. 704.

Karl J. Kessel
Sofienstr. 22, Tel. 609.
Kaufm. Sachverständiger u. Treuhänder

Detektiv Rulo Baden-Baden
Ludwig Wilhelmstrasse 22 - Weit-Auskunft
Ermittlungen jeder Art

SPEZIAL-HUT-GESCHAEFT
KARL BEHRLE
LANGESTR. 14 TELEPH. 892

Färberei u. Chemische Waschanstalt
Friedrich Thomas (Gegründet 1872).
Sofienstrasse 21, Baden-Baden.

Hotels, Restaurants, Café u. Vergnügen

Hotel „Europäischer Hof“
Telef. 1082 B.-Baden Langestr. 8
Herren- u. Knaben-Konfektion, Herren-Artikel

„Kurhaus - Restaurant“
Weingroßhandlung.
Zweiggeschäft:
Städtisches Merkur-Restaurant.

Brenners
Stephanie-Hotel

Hotel
Russischer Hof
Haus I. Ranges
das ganze Jahr geöffnet

Im Quellenhof (Erdgeschoß):
ALTE BADISCHE WEINSTUBE
„Im süßen Löchel“

HOTEL ATLANTIC
an der Lichtenhaller Allee
Fließende Wasser - Bäder - Appartements

REGINA-HOTEL
P. KEPPELER
VORNEHMSTES FAMILIEN-HOTEL

HOLLAND-HOTEL
das erstklassige Familien-Hotel
Geöffnet vom 1. März bis 1. Dezember.

HOTEL DREI KENIGE
Südliche. Nähe des Kurhauses und der Kur-Anlagen. Neuzettlich eingerichtet. Centralheizung. Das ganze Jahr geöffnet.

Hotel Schwarzwaldhof
Wein- und Bier-Restaurant, Gut bürgerl. Haus
In nächster Nähe der Bade-Anstalten

Hotel und Saubau
„Zähringer Hof“
Vornehmes, behagl. Familienhotel, Thermalbäder

Badhotel „Badischer Hof“,
Telephon 51, Tel.-gr.-Adr.: „Badhof“.

Hotel Müller,
in bester Lage, 7
Minuten v. Bahn-
hof, nächst Kurhaus und Anlagen, jeder mod.
Comfort. Mässige Preise. Genüßlich geöffnet.

Central-Hotel
Grosse moderne Säle v.
Abhalten v. Hochzeiten
in nächster Nähe der
Bäder-Inhalation. Konversationshaus. Das ganze Jahr ge-
öffnet. Telephon 58 Baden-Baden. P.H. LIEBLICH.

Trocadero-
Künstler-Spiele
Baden-Baden
Saubau-
Theater
Lichtenhallerstr. 50

Gefährliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan

Möbelhaus Kaiserhof
Baden-Baden, Sofienstrasse 22
Billigste Bezugsquelle in Wohnungs-Einrich-
tungen, Teppichen, Möbelstoffen, Gardinen

Partiewarenhaus
Jos. Cötzel
Herren- und Damenbekleidung, Wäsche, Stiefel
zu bekannt billigen Preisen.

Table with columns for destinations (Karlsruhe, Eppingen, etc.) and prices for various goods.

Rheinholdt-Haus
Inh.: Erich Batschari
Aeltestes und größtes Spezialhaus Badens für
Cigaretten Cigaretten Rauchtubake

Kleidung Schuhe Putz

Eduard Amend
Telef. 1082 B.-Baden Langestr. 8
Herren- u. Knaben-Konfektion, Herren-Artikel

Geschwister Knopf
Grösstes Kaufhaus am Platze

Jos. Meermann
Gernsbacherstr. 13 u. 15 Tel. 770
Weiß-, Woll- und Modewaren.

C. F. KOPF
Langestraße 8 - Telephon 266
Spezialhaus f. Gardinen
Anfertigung nach Angabe

Ludwig Finzer
Lichtenhaller-
strasse 3
Wäschehaus für Damen und Herren.

Albert Fromherz
Manufaktur
Modewaren
Konfektion.

Fridolin Weißhaupt
Langestr. 29
Herrenkonfektion u. Maßarbeit

Modehaus Gebr. Schmidt
Damenkonfektion, Kleiderstoffe, Seidentoffe

Carl Beck, Wilhelmstraße 4
Manufaktur- und Modewaren
Herren-Anzugstoffe

E. JACOBY
Sofien-
str. 14
Erstes Haus für Damen-Moden.

E. Lorenz, Lichtenhallerstraße 25
Kleiderstoffe, Seidentoffe, Damenkonfektion

Joh. Schnürle, Langestraße 50
Schuhwaren
Mass und Reparaturen.

Schuhhaus Karl Groß
Baden-Baden, Weststadt
empfiehlt sein reichhalt. Lager zu billigen Preisen

Genuß- u. d. Lebensmittel, Zigarren

Kaufhaus Jos. Huck
12 Langestraße 12
Billigste und beste Bezugsquelle für alle
Artikel des täglichen Bedarfs.

Telephon Adolf Kaufmann
Insel-
str. 4
Fisch-, Wild- und Geflügelhandlung.

Leo Kah, Metzgerei u. Wursterei
Langestraße 29
Telephon 10.

Amelunxen, Langestr. 31
Spezialgeschäft feiner
Fleisch- u. Wurstwaren

A. Walter
Landesprodukten-
Großhandlung.

Joseph Sücher
41 Langestr. 41
Telephon 904
Kolonial-
Delikatesswaren.

Friedrich Werzinger
Karl-Viktoria-Strasse 25
An- und Verkauf von
Automobilen u. Reparaturen

PIANOS
Mäßige Preise
Hermann
Langestr. 58 Tel. 473

Kaufhaus Smit Nachmann

Gernsbach (Baden)
Billigste Bezugsquelle für
Manufaktur, Weißwaren,
Herren- und Damenkonfektion

Möbel, sämtliche Aussteuerartikel

W. Seyfarth
Tapetenfabrik und Versandhaus
Gernsbach (Murgtal)
Man verlange von seinem Maler- und
Tapetiermeister meine Musterkarte.

Rud. Heilenmann, Sofienstr. 3a
gegenüber der Reichspost am Leopoldplatz.
Spezial-Haus feiner Herren-Moden.

Josef Schneiderberger, Langestr. 20
Schuhwaren. Eigene Werkstätte.

Gustav Weber otto Dietzle & Cie.
Baden-Lichtental
Ganggeschäft, Sägewerk, Holzhl., Innen-Dekoration

A. Streit
Manufaktur
Modewaren

Joh. Seiter, Ettligen
Hut-, Mützen-, Schirm- und Sport-Artikel.
Hut- und Schirmreparaturen.

Fattensartikel, Kunst-
dinger, Sämereien
Gross- und Klein-Verkauf.

Ludwig Jaack,
Pforzheimerstrasse 38
Metzgerei u. Wursterei

Max Falk
Kolonialwaren
Mehl u. Futtermittel

Rentschler Söhne, Sägewerk
Kaufhaus Freund & Co.
Carl Becker, Schuhwaren
Ettlingen
Reparaturen jeder Art.

Hack & Blau
Eisenwaren-Fabrik
Telefon 47.

Loeser & Leonhardt
Diamantwerkzeugfabrik.

Eisen- u. Metallgießerei
G. m. b. H., Ettlingen.
Telephon 144.

Beste hand-
habungssichere
Sprengstoffe
für alle Zwecke

wie Ammonsalpeter-Sprengstoffe, Pikrin-
Sprengstoff, Sprengpulver, Sprengsalpeter,
Sprengkapseln, Zündschnüre, elektr. Zünd-
Zündapparate, Leitungspulver, Leitungsdrähte etc.

Pulverfabrik Ettlingen (Baden)
Tel. Nr. 8.

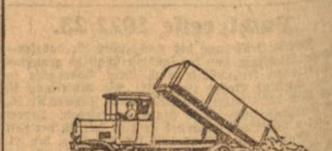
Durlach
Lederfabrik Durlach
Herrmann & Ettlinger G. m. b. H.
Durlach bei Karlsruhe (Baden).

Waldemar Kuttner, Eisenhandlung
Telefon 47
Träger, Stabeisen, Bleche, Baubeschläge,
Gefen, Baumaterialien.

Melanz & Steponat, Durlach
Fernsprecher Nr. 39 Hauptstrasse 48-50.
Werkzeuge u. Beschläge
Haus- und Küchengeräte.

Gritzner: Durlach
Nähmaschinen - Fahrräder.

Arnold Biber
Pforzheim - Durlach
Fabrik zahnärztlicher Einrichtungen
Eisen- und Metallgießerei.



Sägewerke Baden-Baden
G. m. b. H.
Baden - Baden - Geroldsau
Telephon 268.

Benzwerke Gaggenau